

Ermordete Kremlkritiker: Gericht gibt lebenslang

Moskau. Wegen der Ermordung eines Menschenrechtsanwalts und einer oppositionellen Journalistin hat ein Moskauer Gericht einen russischen Ultranationalisten zu lebenslanger Haft verurteilt. Der 31-jährige Hauptangeklagte Nikita Tichonow erhielt die von der Staatsanwaltschaft geforderte Höchststrafe, während seine mitangeklagte 26-jährige Lebensgefährtin Jewgenia Chassis wegen Mittäterschaft zu 18 Jahren Haft verurteilt wurde. Die Verteidigung kündigte an, in Berufung zu gehen. Es seien keinerlei Beweise für die Schuld der Angeklagten vorgebracht worden, sagte der Anwalt Gennadi Nerbitow laut einem Bericht der Nachrichtenagentur Ria Nowosti.

Der 34-jährige Anwalt Stanislaw Markelow und die 25-jährige Journalistin Anastasija Baburowa waren am 19. Januar 2009 nach einer Pressekonferenz im Zentrum Moskaus erschossen worden. Bei der Veranstaltung hatte Markelow die vorzeitige Freilassung eines russischen Soldaten kritisiert, der wegen der Tötung einer jungen Frau in Tschetschenien verurteilt worden war. Markelow hatte sich als Jurist schon mehrfach mit dem Tschetschenien-Krieg befasst. Außerdem arbeitete er für die 2006 ermordete Journalistin Anna Politkowskaja und deren Zeitung „Nowaja Gaset“. Auch Anastasija Baburowa hatte für diese regierungskritische Zeitung geschrieben. **afp**

Urteil: Ukraine verletzte Pressefreiheit

Straßburg. Die Ukraine ist vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wegen Verletzung der Meinungsfreiheit verurteilt worden. Die Straßburger Richter gaben einer Tageszeitung Recht, die Auszüge aus einem im Internet veröffentlichten anonymen Schreiben mit Vorwürfen an einen Sportfunktionär veröffentlicht hatte. Das Blatt war deswegen in der Ukraine verurteilt worden.

Diese Entscheidung erklärte das Gericht für unzulässig; es sprach der Zeitung 6000 Euro Schadenersatz zu. Die Richter bemängelten, das ukrainische Recht schütze zwar Journalisten, die aus anderen Medien zitierten. Die Übernahme von Informationen aus dem Internet sei aber unzureichend geregelt. Wenn Journalisten wegen der Veröffentlichung von Informationen aus dem Internet verurteilt werden, beeinträchtigt dies die Pressefreiheit erheblich. **kna**

Isaf-Kommandeur: Wende ist erreicht

Stadtallendorf. Die Sicherheitslage im Norden Afghanistans hat sich nach Einschätzung des ehemaligen Isaf-Kommandeurs Hans-Werner Fritz verbessert. Die Umgliederung des „Regional Command North“ der Isaf-Truppen und die Aufstockung der Einsatzkräfte hätten im Norden des Landes die „Wende“ gebracht, sagte Fritz im hessischen Stadtallendorf. Viele Menschen in Nord-Afghanistan seien „der Taliban müde“. In Stadtallendorf ist die Division Spezielle Operationen beheimatet, deren Kommandeur Fritz ist. Von Juni 2010 bis Februar war er Regionalkommandeur Nord der Isaf. **dapd**

Norwegens Frauen führen

Quote per Gesetz für mehr weibliche Mitglieder in Aufsichtsräten. Vorbild für viele europäische Länder



Frauen nach Vorne: Norwegen zwingt seine Unternehmen dazu per Gesetz. Natürlich hat die Wirtschaft erstmal gemurrt...

Foto: Imago

Jenny Busche

Oslo. Hanne Rønsen macht nicht den Eindruck, als bräuchte sie Nachhilfe in Sachen Durchsetzungsfähigkeit. Sie hat einen festen Händedruck und ein selbstbewusstes Auftreten. Die 43-jährige Ökonomin leitet die Personalabteilung des norwegischen Energiekonzerns Fredrikstad Energi AS, der rund 400 Mitarbeiter hat. Und trotzdem nimmt sie an einem Programm des norwegischen Industrie-

»Frauen bewerben sich oft gar nicht um Führungspositionen«

verbands NHO teil, das Frauen fit machen soll für Führungspositionen. Denn Hanne Rønsen möchte mehr. Ihr Ziel: ein Verwaltungsratsposten in einer anderen Firma.

Dann könnte sie etwas werden, was sie nie sein wollte: eine Quotenfrau. Denn was in Deutschland noch für heiße Diskussionen sorgt, ist in Norwegen längst Wirklichkeit. Am 1. Januar 2008 wurde dort eine Frauenquote eingeführt. Seitdem müssen die Verwaltungsräte größerer Aktiengesellschaften zu 40 Prozent mit Frauen besetzt werden. Nachdem im Jahr 2003 nur sieben Prozent der Mitglieder weib-

lich waren, versuchte man es mit einer Quote auf freiwilliger Basis. Als das nicht half, verabschiedete das norwegische Parlament ein Gesetz. Den Unternehmen, die es nicht befolgen, drohen drakonische Strafen – bis hin zum Ausschluss von der Börse. Allerdings bezieht sich die norwegische Regelung auf ein Gremium, das in Deutschland gar nicht existiert. Anders als der deutsche Aufsichtsrat ist der Verwaltungsrat („styre“) ein Organ der Geschäftsführung. Gleichzeitig ist er für die Aufsicht über den Geschäftsführer verantwortlich.

Spätestens seitdem die Regelung gesetzlich verankert ist, avancierte Marit Hoel zu einer begehrten Rednerin. Sie ist Direktorin des Center of Corporate Diversity, das im Auftrag der Regierung das Gesetz begleitet, und berichtet weltweit auf Konferenzen von den norwegischen Erfahrungen. „Die Quote ist ein Erfolg“, ist Marit Hoel überzeugt. „Die Frauen, die rekrutiert wurden, sind sehr gut ausgebildet.“

Dabei sei der Widerstand zu Beginn groß gewesen, erinnert sie sich. Die Befürchtungen: Die Wirtschaft wird leiden, internationale Unternehmen könnten sich von der Osloer Börse zurückziehen, ja das Land wird sich vor den Augen der Welt lächerlich machen. Doch das Gegenteil ist einge-

treten, Norwegen gilt als Vorbild: Spanien, die Niederlande und zuletzt Frankreich haben ähnliche Gesetze verabschiedet, in vielen Ländern ist eine Quote im Gespräch.

Kritik an Vorschlag

Auch die Bundesregierung sieht Handlungsbedarf. Nach einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) waren die Aufsichtsräte der 200 größten Unternehmen im vergangenen Jahr zu 90 Prozent mit Männern besetzt, die Vorstände gar zu fast 97 Prozent. Wie der Frauenanteil gesteigert werden soll, darüber herrscht allerdings noch keine Einigkeit. Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) fordert eine gesetzliche Quote von 30 Prozent, wird sich aber wohl

LEBENSSTANDARD

Vorbild Norwegen

Norwegen hat den höchsten Lebensstandard weltweit. Auf der Rangliste der Vereinten Nationen zum Human Development Index stand das Land auch 2010 wieder auf Platz eins vor Australien und Neuseeland. Deutschland lag auf Platz zehn. Nur kurz hatte Island Norwegen die Führung streitig gemacht.

nicht gegen Kristina Schröder durchsetzen können. Die Familienministerin (CDU) plädiert für eine freiwillige Selbstverpflichtung der großen Konzerne für die Besetzung von Vorständen und Aufsichtsräten. Werden die Zielvorgaben bis 2013 nicht erfüllt, soll nach ihrem Stufenplan eine gesetzliche Vorgabe greifen.

In Norwegen wird schon über den nächsten Schritt diskutiert: eine Ausweitung des Gesetzes auf kleinere Aktiengesellschaften. Denn derzeit sind nur knapp 360 Firmen von der Regelung betroffen. Doch der Vorschlag stößt auf Skepsis. Viele Firmen seien so klein, dass der Verwaltungsrat nur aus drei Mitgliedern bestehe. Eine Quote sei da unrealistisch, sagen Kritiker.

Der Industrieverband NHO war von Anfang an gegen jegliche Quotierung. Doch ohne das Gesetz hätte er wohl kaum das Förderprogramm „Female Future“ ins Leben gerufen, das weltweit für Aufmerksamkeit sorgte. 1250 Teilnehmerinnen haben bereits gelernt, wie man Bilanzen liest und sich in der Männerwelt durchsetzt. Vorgeschlagen werden sie von ihren Vorgesetzten. „Frauen bewerben sich oft nicht um Führungspositionen“, sagen Nina Solli und Tone Knutsen, die das Programm betreuen. „Nicht, weil ihnen die Kompe-

tenzen fehlen, sondern weil sie unsicher sind.“

Das sieht die Personalchefin Hanne Rønsen ähnlich. „Wir denken oft, dass wir nicht gut genug sind. Aber wenn wir uns trauen, merken wir, dass die Männer auch nur mit Wasser kochen.“ Eines habe sich im Austausch mit den anderen Frauen immer wieder bestätigt: „Wir müssen das machen, was Männer schon lange tun: Netzwerke schaffen.“ Offenbar sind die Absolventinnen des Programms damit erfolgreich. Nach Angaben des Verbands sind 62 Prozent von ihnen auf der Karriereleiter nach oben geklettert.

„Goldene Rösche“

Doch der gestiegene Frauenanteil in den Kontrollgremien ruft auch Kritik hervor. Immer wieder ist von den „goldenen Röschen“ die Rede – einer elitären Gruppe von Frauen, die eine Vielzahl der Mandate besetzt. Marit Hoel sieht die Diskussion gelassen: „Wenn es die goldenen Rösche gibt, müssen wir auch von den goldenen Anzügen sprechen.“ Für sie steht ein anderes Problem im Vordergrund: Während sich die Zusammensetzung der Verwaltungsräte wandelt, werden die Chefetagen des Landes immer noch von Männern dominiert. Hier hat sogar Norwegen Nachholbedarf.

Weltweite Sorge wegen Verkehrstoten

Genf. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat eine Dekade der Verkehrssicherheit von 2011 bis 2020 ausgerufen, um die Zahl der Toten im Straßenverkehr zu verringern. Die Regierungen der Mitgliedsländer müssten stärker gegen die Gefährdungen der Verkehrsteilnehmer vorgehen, forderte die WHO in Genf.

Falls die Länder die Verkehrssicherheit nicht verbesserten, werde die Zahl der Verkehrstoten bis 2020 auf jährlich bis zu 1,9 Millionen steigen, warnte die WHO. Mehr Sicherheit auf den Straßen werde auch die Zahl der Verletzungen durch Auto-, Motorrad- und Lkw-Unfälle von 20 bis 50 Millionen pro Jahr reduzieren, erklärte die Organisation. „Straßenunfälle sind ein stetig ernster werdendes Problem für die öffentliche Gesundheit und für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung vieler Länder“, sagte WHO-Generaldirektorin Margaret Chan. Laut WHO haben nur 15 Prozent aller Staaten ausreichende Gesetze und Regelungen zur Verkehrssicherheit in Kraft gesetzt. **epd**

Israel bestreitet Furcht vor Iran

Jerusalem. Der israelische Verteidigungsminister Ehud Barak hält einen iranischen Nuklearangriff auf sein Land für unwahrscheinlich. Sollte Teheran über Atomwaffen verfügen, würden sie wahrscheinlich nicht gegen Israel eingesetzt, sagte Barak der Zeitung „Haaretz“. Auf die Frage, ob der Iran Atombomben auf Israel abwerfen würde, antwortete der Verteidigungsminister: „Nicht auf uns und nicht auf einen unserer Nachbarstaaten.“

Die iranische Regierung selbst hatte stets erklärt, das Nuklearprogramm des Landes sei ziviler Natur und diene nicht dem Bau von Atomwaffen. Israelische Politiker haben hingegen schon oft gewarnt, Iran könnte Israel angreifen, wenn es über Nuklearwaffen verfüge. **dapd**

Ureinwohner leben elf Jahre kürzer

Sydney. Australische Ureinwohner haben eine um elf Jahre niedrigere Lebenserwartung als andere Australier. Ursache dafür seien in 80 Prozent der Fälle chronische Erkrankungen, heißt es in einer Studie des Australian Institute of Health and Welfare. Am häufigsten litten die betroffenen Aboriginals unter Herzkrankheiten, Diabetes und Leberproblemen. Männliche Ureinwohner in Australien werden laut der Studie im Schnitt 67 Jahre alt, Frauen 73 Jahre. Das Institut verwies auf die soziale und wirtschaftliche Benachteiligung als wichtigen Grund für die Gesundheitsrisiken der Aboriginals. **kna**

Bosnien identifiziert Baby aus Massengrab

Sarajevo. In Bosnien ist ein Säugling identifiziert worden, der im bosnischen Bürgerkrieg hingerichtet wurde. Bei der Leiche eines drei Monate alten Mädchens handelte es sich um Adina Hajdarevic, die durch einen Kopfschuss getötet worden sei, meldet das Institut für Vermisste. Das Baby sei das jüngste bekannte Opfer des Bosnienkriegs und sei gleich zu Beginn 1992 mit Mutter und Schwester ermordet worden. Es lag in einem Grab mit 37 weiteren Leichen. **afp**

Der Hamas-Chef überrascht die Welt

Khaled Meshaal entkam israelischen Killern und verschwand lange in Damaskus. Jetzt hat er ein erstaunliches Comeback

Martin Gehlen



Khaled Meshaal will sich mit der Fatah versöhnen. Foto: afp

Kairo. Der Festsaal der Arabischen Liga war geschmückt, als Khaled Meshaal Anfang Mai erstmals seit langem wieder ins diplomatische Rampenlicht trat. Nur wenige hundert Meter von Kairo legendärem Tahrir-Platz entfernt besiegelten der Hamas-Chef und sein langjähriger Gegenspieler, Palästinenserpräsident Mahmud Abbas, jenen innerpalästinensischen Versöhnungspakt, mit dem die Palästinenser jetzt die Welt überraschten. Nach vier Jahren Dauerstreit wollen sie wieder zu einem gemeinsamen Handeln finden, an dessen Ende ein eigener Palästinenserstaat stehen könnte. Eine Übergangsregierung der natio-

nalen Einheit, die aus nicht parteigebundenen Fachleuten besteht, soll innerhalb eines Jahres Neuwahlen für Parlament und Präsident organisie-

ren – so der Kern des Vertrages. „Widerstand ist kein Selbstzweck. Wir Palästinenser aber sind gezwungen, zu kämpfen“, hat Khaled Meshaal einmal gesagt. Für die einen ist der charismatische Hamas-Führer ein Pragmatiker, mit dem man reden kann. Für die anderen ein Radikaler, der Selbstmordattentate rechtfertigt und Israels Existenzrecht bestreitet.

1956 in einem Dorf bei Ramallah geboren, trat er als Physikstudent der Muslimbruderschaft bei und gehörte den ersten Stunden. 1997 überlebte er knapp einen Mordversuch israelischer Agenten in der jordanischen Hauptstadt Amman, den der damalige und heutige israeli-

sche Ministerpräsident Benjamin Netanjah persönlich angeordnet hatte. „Israelische Drohungen haben einen von zwei Effekten – entweder werden die Leute eingeschüchert oder sie werden noch entschlossener. Ich gehöre zu den Letzteren“, sagte Khaled Meshaal rückblickend in einem Interview.

Rakete tötete Vorgänger

2001 zog Meshaal mit seiner Frau und sieben Kindern nach Damaskus. Drei Jahre später rückte er an die Spitze der Hamas, nachdem sein Vorgänger im Gazastreifen mit einer israelischen Rakete exekutiert worden war. Nach den Parlamentswahlen 2006 erklärte er, die Hamas sei zu einer langfris-

tigen Waffenruhe bereit, falls Israel sich hinter die Grenzen von 1967 zurückziehe. Damit würde die Hamas Israel de facto anerkennen und einen palästinensischen Staat in Westbank und Gazastreifen akzeptieren. Zwei Jahre später war davon allerdings nicht mehr die Rede. Hamas werde Israel niemals anerkennen, sagte er und verteidigte die Bombenanschläge seiner in den USA und Europa als Terrorgruppe eingestuften Organisation.

Im innerpalästinensischen Streit mit der Fatah ließ sich Meshaal jetzt umstimmen, weil die Tage seines wichtigsten Mentors in der Region womöglich gezählt sind: Syriens Präsident Bashar Assad.